

Romani Rose
Gleichberechtigte Teilhabe für Sinti und Roma in Deutschland
und in Europa nicht nur auf dem Papier



Dokumentation einer Veranstaltung im Gesprächskreis ‚Minderheiten‘ beim Innenausschuß des Deutschen Bundestages am 26. Oktober 2011 in Berlin.

Deutsch/Englisch.

Herausgegeben vom Zentralrat Deutscher Sinti und Roma. Schriftenreihe Band 7.

Diese Veröffentlichung wurde finanziert aus Mitteln des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestags

ISBN: 978-3-929446-29-6

© Zentralrat Deutscher Sinti und Roma, Heidelberg 2012

Alle Rechte vorbehalten

<http://zentralrat.sintiundroma.de/>

Redaktion: Jara Kehl, Herbert Heuss, Arnold Roßberg

Herstellung Neumann Druck, Heidelberg

Bitte beachten Sie, daß die Seitennumerierung der einzelnen Beiträge nicht der der gedruckten Version entspricht.

Romani Rose¹

Gleichberechtigte Teilhabe für Sinti und Roma in Deutschland und in Europa nicht nur auf dem Papier

In einer Vielzahl von Ländern Europas sind Roma aktuell zunehmend einem gewaltbereitem Rassismus ausgesetzt, der in einigen Staaten zu pogromartigen Ausschreitungen und zu Morden geführt hat. Auch in Deutschland ist das Klima für Minderheiten bedrohlicher geworden: Zwischen 2000 und 2006 fielen mindestens neun Menschen ausländischer Herkunft einer rechtsextremistisch motivierten Mordserie zum Opfer. Der Zentralrat warnt in diesem Zusammenhang seit Jahren vor den Folgen einer zunehmenden rassistischen Hetze auf rechtsextremen Internetseiten, die mehr und mehr gezielt Sinti und Roma zum Objekt eines gewaltbereiten Rassismus machen. Dieser Rassismus baut auf einer breiten gesellschaftlichen Ablehnung der Minderheit auf. Für Deutschland hat eine repräsentative Untersuchung von Infratest aus dem Jahr 2002 bei 58% Prozent der Bevölkerung massive Vorurteile gegenüber Sinti und Roma festgestellt.² Eine Umfrage des Zentralrates Deutscher Sinti und Roma aus dem Jahr 2005 zeigte, dass 76 Prozent der Sinti und Roma direkte Diskriminierungserfahrungen gemacht hatten. Diese Ergebnisse bedürfen aktuell einer systematischen Untersuchung, da erst die präzise Kenntnis von Einstellungen der Bevölkerung gegenüber Sinti und Roma die Entwicklung adäquater politischer Handlungsstrategien ermöglicht.

Die Initiative der Europäischen Kommission zur Festlegung nationaler Strategien zur Integration der Roma ist deshalb von entscheidender Bedeutung und wird vom Zentralrat Deutscher Sinti und Roma grundsätzlich begrüßt. Sie ist für die jeweiligen nationalen Minderheiten der Roma vor allem in den neuen Mitgliedsländern der Europäischen Union von großer Bedeutung – vorausgesetzt, dass eine Reihe von Bedingungen erfüllt wird und insbesondere der politische Wille zur konkreten Umsetzung gezeigt wird. Der Zentralrat hält die Schwerpunktsetzung der Europäischen Kommission in den Bereichen Bildung, Arbeit, Wohnen und Gesundheit insbesondere in den neuen EU-Mitgliedsstaaten für richtig und notwendig. Um den bestehenden Problemen angemessen zu begegnen, müssen jedoch in allen genannten Bereichen die Ressentiments der Mehrheitsbevölkerung gegenüber der Minderheit als ursächlich für deren Ausschluss mit in den Blick genommen werden. Die Ursachen für teilweise vorhandene schlechte Schulbildung liegen nämlich nicht allein in der mancherorts schlechten Wohnsituation, oder in dem schlechten Einkommen vieler Familien, sondern sie liegen auch in der jahrhundertealten Ausgrenzung und dem bestehenden Rassismus gegenüber Sinti und Roma in Europa. Wenn die europäischen Strategien Erfolg haben sollen, dann müssen sie auch auf diesen in Teilen der Mehrheitsbevölkerung tief verankerten Rassismus zielen.

Zu kritisieren ist auch, dass in Dokumenten und politischen Diskussionen immer wieder eine vorgebliche „besondere Lebensweise“ oder „traditionelle Kultur“ der Roma als Grund für ihre oft menschenunwürdigen Lebensbedingungen benannt wird. Auf diese Weise wird die Minderheit für ihren Ausschluss von einer gleichberechtigten gesellschaftlichen Teilhabe selbst verantwortlich gemacht und soziale und ökonomische Probleme, die strukturell bedingt sind, werden kulturalisiert. Als problematisch erachten wir darüber hinaus die auf europäischer und nationaler Ebene zu beobachtende Tendenz, die partielle Marginalisierung der Romabevölkerung in einigen Mitgliedsstaaten als charakteristisches Merkmal für die gesamte Minderheit festzuschreiben. Auf diese Weise wird systematisch das Bild von „den Roma“ als einer angeblichen „europäischen sozialen Randgruppe“ produziert. Genau dies hat eine lange Tradition, auch in Deutschland. Es ist dringend notwendig, diesem von stereotypen Wahrnehmungen und negativen Klischees geprägten Bild der

¹ Romani Rose ist Vorsitzender des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma.

² The American Jewish Committee: Die Einstellung der Deutschen zu Juden, dem Holocaust und den USA, Berlin 2002, S. 2. Datenerhebung: Infratest, Berlin.

Minderheit ein differenziertes Bild entgegenzustellen, da die vorgenommenen Verallgemeinerungen als solche ausgrenzend sind und Ausgrenzung verfestigen. Hier sind insbesondere die Medien aufgerufen für eine ausgewogene Darstellung zu sorgen.

Sinti und Roma waren in der jungen Bundesrepublik Deutschland jahrzehntelang der Kriminalisierung durch Polizei und Justiz ausgesetzt. Die Ursache dafür lag in personellen Kontinuitäten: große Teile der an der Verfolgung und Deportation der Sinti und Roma beteiligten Beamten konnten ihre Karrieren nahezu bruchlos fortsetzen. Dazu mussten sie ihre Beteiligung am Völkermord an den 500.000 europäischen Sinti und Roma bagatellisieren: Während der Holocaust an den Juden öffentlich und offiziell anerkannt war und seine Leugnung unter Strafe steht, wurde der Holocaust an den Sinti und Roma über Jahrzehnte geleugnet und die nationalsozialistischen Verfolgungsmaßnahmen von der Bundesregierung und selbst vom Bundesgerichtshof über Jahrzehnte als lediglich kriminalpräventive Maßnahmen verharmlost. Darüber hinaus erhielten die ehemaligen NS-Beamten als so genannte „Zigeunerspezialisten“ erneut die Deutungshoheit über das Schicksal ihrer ehemaligen Opfer. Die Holocaust-Überlebenden und auch ihre Nachkommen waren dadurch einer Form von Stigmatisierung durch die vormaligen Täter ausgesetzt, die das gesellschaftliche Bewusstsein gegenüber der Minderheit bis heute nachhaltig geschädigt und über Jahrzehnte zu der Ausgrenzung von Sinti und Roma aus der deutschen Gesellschaft geführt hat.

In den 1950er und 1960er Jahren gab es auch keine gesellschaftlich relevanten Kräfte, die sich gegen die Stigmatisierung und Ausgrenzung der Minderheit ausgesprochen hätten. Erst mit der Bürgerrechtsarbeit der Sinti und Roma, die sich ausdrücklich gegen tradierte rassistische Ansätze zur Wehr setzte und diesen ausgrenzenden Ansätzen das Konzept einer nationalen Minderheit mit eigener Sprache, Geschichte und Kultur gegenüberstellte, änderte sich – zum Teil zumindest – die Wahrnehmung in der deutschen Öffentlichkeit. Während sich die Selbstorganisationen der Sinti und Roma in ihrer Gründungsphase Ende der 1970er Jahre gegen große Widerstände durchsetzen mussten, steht der Zentralrat der Deutschen Sinti und Roma heute in einem kontinuierlichen Dialog mit den verantwortlichen Institutionen in Politik und Gesellschaft.

Auch in den ehemaligen sozialistischen Ländern wurden Roma erst nach dem Systemwechsel und mit der Aufnahme in die Europäische Union als eigenständige nationale und ethnische Minderheit anerkannt. Bis dahin wurden sie in Teilen als vorgeblich „soziale Problemgruppe“ behandelt, die in das sozialistische Proletariat zu integrieren war. In der Folge wurden Roma in diesen Ländern zwar in der Produktion beschäftigt, vorwiegend jedoch als ungelernete Arbeiter, die nach dem Zusammenbruch des Sozialismus als erste ihre Arbeitsplätze verloren. Die in einer Reihe von Ländern praktizierte Segregation von Romakindern, die in besonderen Schulen (oft Sonderschulen für Lernbehinderte) oder Schulen in Roma-Vierteln mit reduziertem Curriculum zusammengefasst wurden, trug dazu bei, dass ihr Aufstieg trotz der proklamierten Integration nur sehr begrenzt verwirklicht wurde. Heute ist ein großer Teil der Minderheit der Roma in den Ländern Mittel- und Osteuropas von großer Armut betroffen und im Hinblick auf Ausbildungschancen, Arbeitsmöglichkeiten, Wohnsituation und Gesundheitsversorgung den jeweiligen Mehrheitsbevölkerungen gegenüber massiv benachteiligt.

Hier sind die Nationalstaaten in der Pflicht, die gleichberechtigte Teilhabe der Roma zu verwirklichen. Entsprechend hielten die Europäische Kommission und das Europäische Parlament in ihrer Rahmenvorgabe fest, dass die Verantwortung für die jeweiligen nationalen Minderheiten der Sinti und Roma in Europa bei den Mitgliedsstaaten liegt und insbesondere die Umsetzung der jeweiligen Programme sich an den Voraussetzungen vor Ort zu orientieren hat. Der Zentralrat hat in diesem Sinne einen differenzierten Katalog von konkreten Forderungen aufgestellt, die regional und/oder lokal implementiert werden und überprüfbar sein müssen.

In Deutschland betrifft dies zunächst die nationale Minderheit der ca. 70.000 Sinti und Roma mit deutscher Staatsbürgerschaft, in deren Fall die effektive Umsetzung des „Rahmenübereinkommens zum Schutz nationaler Minderheiten“ mit konkreten Maßnahmen zur Anerkennung, Teilhabe und Förderung im Mittelpunkt steht.

Weiter muss die Lage von Kriegsflüchtlingen aus dem ehemaligen Jugoslawien ebenso wie die von Migranten aus den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union und aus Drittstaaten durch eine angemessene Regelung der Statusfragen, insbesondere von Aufenthalts- und Einbürgerungsrechten, von Förderung im Bildungs- und Ausbildungsbereich, von Arbeitsmöglichkeiten und von sozialen Schutzmaßnahmen bei Gesundheit und Wohnen verbessert werden.

Zusammenfassend sieht der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma die Notwendigkeit, in Deutschland und in Ländern des Europarats langfristige Programme für die Durchsetzung der gleichberechtigten Teilhabe von Sinti und Roma aufzulegen. Solche Programme müssen aber zwingend als konkrete Vorhaben vor Ort entwickelt werden und bedürfen einer regelmäßigen Überwachung und Evaluierung. Nur so kann die langfristig erfolgreiche Umsetzung der europäischen Rahmenvorgabe sichergestellt werden.